

THEMA IM LANDTAG

GABRIEL FORDERT THEMEN- STATT LAGERWAHLKAMPF

»Reformkurs nicht aufgeben, sondern ergänzen: Besserverdienende an der Modernisierung Deutschlands beteiligen.«

Nach Auffassung des niedersächsischen SPD-Fraktionsvorsitzenden Sigmar Gabriel gibt es für die SPD jetzt nur eine Aufgabe: »Ab sofort geht es nur noch um die harte Konfrontation zwischen unserem Kurs einer modernisierten sozialen Marktwirtschaft und dem Kurs von Merkel und Westerwelle in die McKinsey-Gesellschaft, bei der Bürger zu Kunden degradiert werden und nur noch die soziale Sicherheit bekommen, die sie sich leisten können.« Was die SPD nicht brauche, seien ideologische Diskussionen. Gabriel: »Es geht nicht um den Richtungsstreit in der SPD, sondern um den Richtungsstreit in Deutschland.« Der SPD-Politiker sprach sich dafür aus, einen harten Themen- und Personenwahlkampf zu führen. »Das ist etwas ganz anderes als ein Lagerwahlkampf. Wir kämpfen jetzt für die SPD und nicht für rot-grün. Für die Menschen in Deutschland geht es nicht zu aller erst um »die oder wir«, sondern um die Frage, wer mehr Arbeit und mehr Bildungschancen schafft.« Dabei seien manche bürokratischen Konzepte der Grünen mehr als nur hinderlich.

Im Mittelpunkt der Konfrontation mit CDU und FDP müsse die Frage nach der Finanzierung von mehr Arbeit und besserer Bildung stehen. Gabriel: »Natürlich werden wir die Arbeitslosigkeit nur verringern, wenn auch der Staat wieder wesentlich mehr in Straßen, Schienen, Städtebau, Schulen und Hochschulen investiert. Das Geld dafür ist ja in Wahrheit auch da, nur geben wir es permanent für unsinnige Steuersubventionen aus.« Genau hier verweigerten sich CDU und FDP, weil sie diese Subventionen für ihre Klientel behalten wollten. Statt mehr Geld für Arbeit und Bildung zu investieren, hätten Merkel, Koch und Wulff ja bereits angekündigt, den Besserverdienenden die Spitzensteuersätze noch mehr senken zu wollen. Gabriel: »Wulff in Niedersachsen macht es vor: Die es nicht nötig haben, bekommen noch Gelder hinterher geworfen, und den Blin-

den wird das Blindengeld gestrichen. Das sind die wirklichen Alternativen zu Gerhard Schröder und der SPD.«

Der SPD müsse es darum gehen, auch diejenigen an den Lasten der notwendigen Modernisierung Deutschlands zu beteiligen, denen es in Deutschland »gut und besser« gehe. »Es kann nicht sein, dass immer nur Arbeitnehmer, Rentner und Kranke die notwendigen Veränderungen in Deutschland zu schultern haben. Dafür ist der Abbau unnötiger Steuersubventionen zur Finanzierung von Arbeitsplätzen und besseren Bildungsangeboten der beste Weg«, erklärte der SPD-Politiker.

Gabriel sprach sich in diesem Zusammenhang gegen den »unsinnigen« Versuch aus, die Reformpolitik der letzten zwei Jahre in Frage zu stellen: »Wir wissen doch, dass wir mit den alten Rezepten und noch höheren Steuern, Sozialabgaben oder Schulden nicht weiter kommen. Und wir hätten uns doch nicht für diesen schweren Weg der letzten zwei Jahre entschieden, wenn es wirklich grundsätzliche Alternativen gegeben hätte.«

Auch die vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering in den letzten Wochen angestoßene Kapitalismuskritik sei dazu kein Widerspruch. Gabriel: »Nicht obwohl, sondern weil wir den Wirtschaftsstandort Deutschland modernisiert und weit wettbewerbsfähiger gemacht haben als zu den Regierungszeiten von Kohl und Merkel haben wir doch heute auch das Recht, die Fundamentalisten im Arbeitgeberlager dafür zu kritisieren, dass sie nichts für den Erhalt von Arbeitsplätzen in Deutschland tun.« Statt dessen müsse der Reformkurs der SPD ergänzt werden. Das beste Beispiel dafür sei eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und in der Pflege, »damit auch Besserverdienende, Unternehmer und Politiker an den Kosten einer solidarischen Krankenversicherung beteiligt werden und nicht immer nur die Arbeiter und Angestellten.«

Liebe Leserinnen und Leser,



Sigmar Gabriel

seit dem 22. Mai um 18:28 Uhr befindet sich die SPD im Wahlkampf. Wir müssen alle Kräfte auf die Auseinandersetzung mit Union und FDP konzentrieren. Gerade wir in Niedersachsen wissen sehr genau, was konservative Politik für die Menschen bedeutet: Erbarmungslose Kürzungspolitik bei den Schwachen und Klientelpolitik für die Besserverdienenden im Bundesrat. Durch die vorgezogenen Neuwahlen sind unsere politischen Gegner gezwungen, die Karten auf den Tisch zu legen. Sie können nicht länger herumklavieren, sondern müssen konkret sagen, was sie in diesem Land ändern wollen. Unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besteht darin aufzuzeigen, dass in dem von Merkel und Westerwelle propagierten »McKinsey-Staat« die Bürger nur noch Kunden sind. Wir hingegen wollen eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht am Rande, sondern im Mittelpunkt steht. Die Auseinandersetzung der nächsten Monate wird hart. Aber wir müssen sie engagiert führen, weil es um die Menschen geht.

Ever

Wirtschaftsminister Hirche verspielt die Zukunft – Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen steigt rapide an

Die Jugendarbeitslosigkeit steigt in Niedersachsen seit Monaten stark an. Nach Bremen ist Niedersachsen das Bundesland, das beim Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit bei allen Indikatoren am schlechtesten abschneidet. Im April 2005 – das sind die neuesten verfügbaren Zahlen – gab es in Niedersachsen 57.428 arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren und 7.958 arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren. Diese Zahlen für sich genommen sind erschreckend.

Noch erschreckender ist aber, dass die Arbeitslosigkeit Jugendlicher über 25 Jahren gegenüber dem Vorjahr um 43,6 % zunahm. Die Arbeitslosigkeit Jugendlicher unter 20 Jahren stieg sogar um sage und schreibe 127,4%.

Es ist wahr: Diese eklatanten Steigerungen haben auch ihre Ursache in der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Fakt und skandalös ist aber, dass die Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit nirgendwo so hoch ausfiel wie im Arbeitsamtsbezirk Niedersachsen-Bremen.

Bei den arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren war die Steigerung in Niedersachsen fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (43,6 % in Niedersachsen gegenüber 23,8 % im Bundesdurchschnitt). Bei den Arbeitslosen unter 20 Jahren war die Steigerung sogar mehr als doppelt so hoch (127,4 % in Niedersachsen

gegenüber 58,3 % im Bundesdurchschnitt). Auch die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen ist im Zeitraum Januar bis April 2005 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um mehr als 10 % zurückgegangen.

Bei der Landesregierung müssten angesichts dieser Zahlen alle Alarmglocken läuten. Das scheint aber nicht der Fall zu sein: Statt endlich die Initiative zu ergreifen, relativiert Wirtschaftsminister Hirche die Zahlen, verniedlicht die Fakten und feiert sich für nicht vorhandene Erfolge.

Der Bestand an unbesetzten Ausbildungsstellen betrug im April 2005 in Niedersachsen 18.675. Dem standen 28.845 noch nicht vermittelte Bewerber gegenüber. Dieses Verhältnis ist so schlecht wie seit Jahren nicht mehr. Niedersachsen entwickelt sich auch bei diesen Zahlen schlechter als der Bundesdurchschnitt. Angesichts dieser Zahlen ist es vollkom-



Uwe Schwarz

men unverständlich, wenn Haushaltsmittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Höhe von 1,2 Mio. Euro, die im Haushalt 2004 vorgesehen waren, nicht ausgegeben werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass diese Landesregierung tatenlos zusieht, wie unseren Jugendlichen die Zukunft genommen wird.

Materialliste der SPD-Landtagsfraktion

I. Aktuelle Flugblätter

1. Volksbegehren für den Erhalt des Blindengeldes
Flugblatt zur sozialen Kälte der niedersächsischen Landesregierung, DIN-A4
2. Weniger Unterricht – größere Klassen
Flugblatt zur Unterrichtsversorgung in Niedersachsen, DIN-A4
3. Beton statt Bildung: Wulff verschenkt 680 Millionen Euro
Flugblatt zur Blockade des Subventionsabbaus zugunsten von Bildungsinvestitionen durch die niedersächsische Landesregierung, DIN-A4

Alle Flugblätter befinden sich als Download-Version im Intranet der SPD-Landtagsfraktion (Näheres siehe Artikel »Niedersachsen-Netzwerk«)

II. Aktuelle Plakate

1. Volksbegehren für den Erhalt des Blindengeldes
Plakat zur sozialen Kälte der niedersächsischen Landesregierung, DIN-A1
Kostenfreie Abgabe bei Bestellungen von maximal 10 Stück. Bestellungen bitte richten an Thilo Scholz (Thilo.Scholz@LT.Niedersachsen.de), Tel. 0511/3030-4038.
2. Wolfgang Jüttner
Ankündigungsplakat für den Landtagsabgeordneten und SPD-Landesvorsitzenden, DIN-A1
3. Sigmar Gabriel
Ankündigungsplakat für den Landtagsfraktionsvorsitzenden, DIN-A1
Plakat 2 und 3 kosten 0,90 Euro/Stück zuzüglich Verpackung und Versand. Bestellungen bitte richten an den SPD-Landesverband Niedersachsen, Margrit Gärtner (Margrit.Gaertner@SPD.de), Tel. 0511/1674-212.

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

**Volksbegehren für den
Erhalt des
Blinden-
geldes.**
Gegen soziale Kälte in
Niedersachsen.



Landtagsfraktion
Niedersachsen
SPD

www.spd-landtag-nds.de

Finanzminister Möllring ratlos

Dem Land werden im nächsten Jahr 586 Mio. Euro weniger Steuern zufließen, als in der Mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt. Zusammen mit dem bereits bestehenden Deckungsloch (»Handlungsbedarf«) von mindestens 436 Mio. Euro und dem Haushaltsfehlbetrag von ca. 150 Mio. Euro aus 2004, der im nächsten Jahr abgedeckt werden muss, fehlen dem Land 2006 über 1,2 Milliarden Euro. In den Jahren 2007 und 2008 werden weitere 1,8 Milliarden Euro weniger Steuern eingehen, als von der Landesregierung geplant.

»Der Finanzminister steht nun völlig ratlos vor einem Scherbenhaufen« bewertet Dieter Möhrmann, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Situation. Die Landesregierung hat in ihrer eigenen Finanzplanung festgestellt, dass 2006 ein Konsolidierungspotenzial von nur noch 444 Mio. Euro bestünde. Das heißt, selbst wenn das Land sämtliche Zahlungen streichen würde, zu denen es nicht verfassungsrechtlich oder bundesgesetzlich verpflichtet sei, könnten nur noch 444 Mio. Euro eingespart werden. Es blieben also im nächsten Jahr mehr als 800 Mio. Euro, die nach Lesart der Landesregierung gar nicht gedeckt werden können. Möhrmann warnte davor, diese Probleme erneut durch Haushaltstricks und verdeckte Kreditaufnahme zu kaschieren.

Trotzdem erklärt Möllring, er wolle am Ziel festhalten, die jährliche Neuverschuldung

um jährlich 350 Mio. Euro zurückzuführen. Der Berater des Ministerpräsidenten, Prof. Homburg, erklärte in der »Neuen Presse« dazu, dies sei kaum noch realistisch. Der Wulff-Berater machte aber konkrete Vorschläge, wie dem Haushaltsloch zu begegnen sei: Er forderte betriebsbedingte Kündigungen für Landesbedienstete und längere Lebensarbeitszeiten für Professoren und Polizisten. Dieter Möhrmann forderte Wulff auf, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und zu sagen, welche der Forderungen seines Beraters nun umgesetzt werden sollen.

Möhrmann stellte fest, dass Niedersachsen nicht mehr annähernd in der Lage sei, seine Haushaltsprobleme aus eigener Kraft lösen zu können. »Wenn wir den offiziellen Zahlen der Landesregierung glauben, sind die Steuerausfälle durch Einsparungen nicht aufzufangen.«



Dieter Möhrmann

Aus Sicht der SPD ist nur ein breit angelegter Subventionsabbau geeignet, um das Land vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. »Wenn Wulff im Bundesrat nicht endlich die Einnahmenseite durch Zustimmung zum Subventionsabbau verbessert, kann Politik in Niedersachsen nicht mehr gestaltet werden«, so Möhrmann.

Hochschulprofessor, Steuerberater, Gutachter, Regierungsberater ...

Finanzministerium »versorgt« Professor Homburg mit Zahlenmaterial für Auftragsgutachten des Bundes der Steuerzahler

Das ist wirklich eine hübsche kleine Broschüre, mit der der Bund der Steuerzahler ein Gutachten »Nachhaltige Finanzpolitik für Niedersachsen« veröffentlicht hat. Artig bedankt sich der beauftragte Professor Dr. Stefan Homburg, der als »o. Professor für Öffentliche Finanzen an der Universität Hannover« und »Steuerberater in Hannover« auf dem Deckblatt firmiert, beim Bund der Steuerzahler, »der die Studie anregte und unterstützte, und dem Ministerium für Finanzen des Landes Niedersachsen, das mich mit Zahlenmaterial »versorgt« hat.« Viele wissen es. Viele wissen es aber auch nicht. Der Professor, Steuerberater und Gutachter berät auch Ministerpräsident Christian Wulff – natürlich ohne offizieller Regierungsberater zu sein.

Wirklich neue Erkenntnisse hat das Auftragsgutachten denn auch nicht gebracht. Fast alles – einschließlich der Prognosen für die öffentlichen Haushalte – war und ist in Veröffentlichungen der Finanzministerien und bei anderen Professoren nachzulesen. Da fragt man sich, warum der Abschnitt II A so medienwirksam »Vermeidung des Staatsbankrott« getitelt wird, wenn der Gutachter doch selbst in seinem Vorwort sagt:

»Was Zahlen und Methoden angeht, soll die Studie keinesfalls das letzte Wort sein, sondern eher Ermunterung zu einer lang-

fristigen Politikorientierung und im günstigsten Fall einer regelmäßigen Nachhaltigkeitsberichterstattung.« (Was für ein Wort!). In seinem Fazit stellt er dann ganz lapidar fest: »Es war nicht Aufgabe der Studie, die hieraus zu ziehenden Konsequenzen aufzuzeigen oder darzulegen, mit welchen Maßnahmen ein nachhaltiger finanzpolitischer Kurs erreicht werden könnte.«

Was geblieben ist, kennen wir. Der Steuerzahlerbund stützt seine Warnungen vor dem »Staatsbankrott« und die daraus ab-



Heiner Aller

geleiteten Forderungen auf ein Auftragsgutachten, das nichts anderes sein soll als eine »Ermunterung zu einer langfristigen Politikorientierung«. Der Gutachter regt

eine »regelmäßige Nachhaltigkeitsberichterstattung« für die Finanzpolitik an. Der Finanzminister, der den Gutachter »mit Zahlenmaterial versorgt hat«, findet alles so toll, dass er Studie und BdSt-Vorschläge »mit seinen Ministerkollegen besprechen und ihre Umsetzbarkeit prüfen« will.

Da lohnt es sich doch konkret nachzusehen. Zumal der Gutachter für den BdSt feststellt: »In dieser Studie wurde gefragt, ob die niedersächsische Finanzpolitik nachhaltig sei. Auf der Grundlage der heutigen Planungen und der Voraus-

schätzungen ist das trotz des 2003 eingeleiteten Konsolidierungskurses nicht der Fall.« Auch wenn der Gutachter selbst Zahlen und Methoden in Frage stellt, bleibt zu klären, ob, wann und wie die Landesregierung auf die Vorschläge und Forderungen des BdSt einzugehen gedenkt. Denn der »Staatsbankrott« muss ja auch durch Sofortmaßnahmen abgewendet werden!

Eine Kleine Anfrage der SPD im Landtag soll Klarheit schaffen.

Wenn von den nach Meinung des BdSt

sofort umsetzbaren Vorschlägen wie Verkleinerung des Kabinetts, Streichung der Förderung der Tierseuchenkasse, pauschalen Kürzungen bei Staatskanzlei, Finanz- und Justizministerium, beim Verfassungsschutz oder Abschaffung der Regierungsvertretungen usw. nicht unverzüglich viele sofort realisiert werden, stehen Bund der Steuerzahler, Gutachter und Regierung ganz schön dumm da. – Es sei denn, es gibt doch intelligentere Alternativen. Ganz im Sinne von Homburg: »Die Studie soll keinesfalls das letzte Wort sein.«

Heiner Aller

Demographischer Wandel – Herausforderungen an ein zukunftsfähiges Niedersachsen

Enquetekommission des Landtages hat die Arbeit aufgenommen

Nach dem Beschluss des Landtages zur Einrichtung einer Enquete Kommission »Demographischer Wandel« hat die Kommission am 20. Mai ihre Arbeit aufgenommen.

»Ich freue mich, dass die Mitglieder der Kommission mich einstimmig zu ihrer Vorsitzenden gewählt haben und hoffe, dass wir mit der Arbeit in der Kommission die gesteckten Ziele auch erreichen,« so Karin Stief-Kreihe, agrarpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. »Der Aufgabenkatalog ist sehr umfassend und erfordert von allen Mitgliedern der Kommission eine konsequente Arbeit.«

Es wurden Themenblöcke zu (1) Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Infrastruktur, (2) Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie (3) Soziales gebildet. Diese behandelt die Kommission unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels jeweils für die Regionen in Niedersachsen und erarbeitet konzeptionelle Vorschläge.

Offensichtlich sind die Regierungsfractionen und die Landesregierung aber von der konsequenten und zügigen Arbeitsweise der SPD-Landtagsfraktion überrascht worden. Bereits im Vorfeld musste die SPD-Landtagsfraktion umfassend Hand an die unausgegorenen Vorstellungen der Regierungsfractionen anlegen. Abgesehen von einer absoluten Überfrachtung (der Umfang der Fragestellungen hätte Arbeit für drei Jahre bedeutet), sollten auch tagespolitische Aufgaben bewältigt werden, die normalerweise von der Landesregierung abzuarbeiten sind. Viele der Fragestellungen hatten mit dem demographischen Wandel nichts zu tun.

»Die Aufgabe wird auch so noch schwer genug, aber ich bin froh, dass wir den zu



Karin Stief-Kreihe

erarbeitenden Fragenkatalog noch in unserem Sinne bereinigen konnten,« so Stief-Kreihe. »Sehr enttäuscht bin ich allerdings über die Landesregierung. Obwohl Ministerin von der Leyen noch in der Landtagsitzung die uneingeschränkte Unterstützung der Landesregierung für die Arbeit der Enquetekommission zugesichert hatte, wurde in die konstituierende Sitzung der Kommission nur ein Mitarbeiter aus der Staatskanzlei entsandt, der außer einem Schulterzucken nichts beitragen konnte. Das war eine armselige Vorstellung.«

Die SPD-Landtagsfraktion erwartet von der Landesregierung, dass die Arbeit der Enquetekommission ernst genommen und mit allen Mitteln unterstützt wird. Andernfalls erübrige sich die Arbeit der Kommission.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite <http://www.spd-landtag-nds.de> mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc. Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

London ist immer eine Reise wert SPD-Fraktion besucht Kindertagesstätten in Großbritannien

Chancengleichheit in unserem Bildungssystem lässt sich nur erreichen, wenn der kindlichen Entwicklung vor der Schule die gleiche Aufmerksamkeit zuteil wird wie der während der Schulzeit. Ökonomisch und sozial bedingte Benachteiligung auszugleichen ist Aufgabe sozialdemokratischer Politik. Deswegen hat die Fraktion die frühkindliche Bildung vor allem mit den Aspekten Sprachförderung und Elternbeteiligung in diesem Jahr zu ihrem Schwerpunkt gemacht.

Die SPD-Landtagsfraktion besuchte gemeinsam mit mehreren Journalisten in London das »Coram Center« und die »Normand-Croft-Community-School«, in der frühkindliche Erziehung, Kindergarten und Grundschule unter einem Dach zusammenfinden. Beide gehören zu den Early Excellence Centres (EEC), mit denen die britische Regierung Kinder in sozialen Brennpunkten unter Einbeziehung der Eltern gezielt fördert.

Das Konzept der Early Excellence Centres

In Großbritannien entstand vor rund 20 Jahren die Idee, Zentren für eine kindgerechtere und effektivere Früherziehung einzurichten. Dieses Modell wurde zuerst 1983 in Form des Pen Green Centre for Under 5's and their Families in Corby / England realisiert. Dieses Modell wurde seit 1997 in Gestalt der EEC ausgedehnt,



Delegation der SPD-Fraktion: Wolfgang Jüttner (stellvertretender Fraktionsvorsitzender); Ingrid Eckel, MdL; Claus Peter Poppe, MdL; Rudolf Robbert, MdL; Silva Seeler, MdL; Jacques Voigtländer, MdL; Wolfgang Wulf, MdL; Amei Wiegel, MdL; Michael Albers, MdL; Sigrid Leuschner, MdL; Axel Plau, MdL

das als Programm von der englischen Regierung ins Leben gerufen wurde. Im Dezember 1999 nahmen 29 ausgewählte Zentren ihre Arbeit auf.

Die EEC verknüpfen eine gezielte Förderung der Kinder mit Angeboten der Unterstützung und Entlastung von Familien. Sie sind eingebettet in andere Aktionsprogramme der britischen Regierung wie dem Ausbau der frühkindlichen Bildung und Arbeitsmarktprogrammen. Das Konzept der EEC wurde aus der Not gebo-

ren. In England sollten damit Eltern, die Probleme bei der Erziehung der eigenen Kinder aufweisen, unterstützt und besser für die Anforderungen der Kindererziehung gerüstet werden. Die Eltern werden jedoch in den EEC nicht zu unwissenden Laien gestempelt, denen die pädagogischen Profis den Weg weisen. Vielmehr ernennen die Pädagogen alle Eltern – auch die sozial schwachen – zu den Experten ihrer eigenen Kinder. In Gesprächen zwischen Pädagogen und Eltern werden die nächsten Erziehungs- und Entwicklungsziele des Kindes gemeinsam festgelegt. Das nötige Wissen und die Qualifikation, die den Eltern fehlen, können sie in Elternschulungen und Elternkursen erwerben, und zwar während ihre Kinder dort betreut werden.

Das Konzept in Kürze hat folgende Inhalte:

- Es setzt an den Stärken des Kindes an.
- Zielgerichtete Unterstützung kindlicher Entwicklung wird durch gezielte Beobachtung der Kinder garantiert.
- Aktionen für die Kinder setzen an ihren Interessen an.
- Lernfortschritte der Kinder werden exakt dokumentiert.
- Erzieherinnen und Eltern arbeiten intensiv zusammen.
- Alle Eltern werden als Experten für die eigenen Kinder anerkannt.
- Elternkurse und Elternfortbildungen werden durchgeführt.



374 Kinder im Alter von 18 Monaten bis 11 Jahren besuchen die Normand Croft Community School: »We are more than a school«

CDU und FDP wollen zurück ins Atomzeitalter

Die Debatte um eine Energiestrategie mit Zukunft während des vergangenen Landtagsplenums brachte es auf den Punkt: Die Liberalen und die Union wollen den Ausstieg aus dem Atomausstieg.

Immer dreister und offensiver werden ihre Forderungen nach Aufhebung des Moratoriums für das geplante Atommüllendlager Gorleben. Für Schwarz-Gelb soll die Atomenergie ein Bestandteil der deutschen Energieversorgung bleiben. Völlig ausgeblendet werden dabei die aktuellen Ereignisse in Großbritannien, wo es in Sellafield wieder einen Atomunfall gegeben hat.

FDP und CDU propagieren eine rückwärtsgewandte Energiepolitik, die sich im wesentlichen auf die Kernenergie stützt. Da passt die aktuelle Aussage der Parteivorsitzenden Merkel sehr gut ins Bild, die im Falle eines Wahlsieges im Herbst 2005 auf Bundesebene die Laufzeiten für die Kernkraftwerke in Deutschland verlängern

will. Für Niedersachsen heißt das im Klartext: noch mehr Atommüll nach Gorleben.

Die Atomparteien CDU und FDP wollen unter dem Deckmäntelchen des Klimaschutzes die Rolle rückwärts in der Energiepolitik. Sie verschweigen aber die Risiken für die Bevölkerung und die tatsächlichen Kosten dieser Technologie. Der geplante Bau von neuen Kernkraftwerken – wie mittlerweile wieder öffentlich vom »Atomminister« Sander gefordert – steht im krassen Widerspruch zum von der Bevölkerung gewollten und getragenen Atomkonsens.

Die Schwarz-Gelben haben nichts gelernt und greifen weiter in die energiepolitische Mottenkiste.



Klaus-Peter Dehde

Nutzung von Erdkabeln für den Ausbau der Stromnetze technisch möglich Anhörung im Landtag konstruktiv und hochkarätig besetzt

Ein positives Fazit zogen Renate Geuter und Sigrid Rakow nach der Anhörung am 23. Mai 2005 zur Frage des Netzausbaus für Windenergieanlagen.

Die Firma Eon Netz GmbH hatte mit einem Antrag zum weiteren Ausbau des Netzes in Form von Hochspannungsfreileitungen für erheblichen Wirbel in der

Region Weser-Ems gesorgt (siehe online-TiL April 2005).

Die Ankündigung von zahlreichen Freileitungen, die die Landschaft durchziehen und in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern geführt werden sollten, hat zu einem organisierten Widerstand geführt. Eine Anhörung im Niedersächsischen Landtag sollte zur Klärung der technischen Möglichkeiten und alternativen Konzepte zum Netzausbau beitragen und die berechtigten Ängste der betroffenen Bevölkerung aufgreifen.

Als Alternative zu den geplanten Freileitungen stellten Experten wie Prof. Dr. Brackmann von der Universität Duisburg, Prof. Handschin von der Universität Dortmund und Dr. Nießen vom NOVA-Institut Köln die sogenannte Erdverkabelung vor. In ihren Vorträgen beschrieben sie sowohl Vor- als auch Nachteile dieser neuen Technologie, gingen auf die Kosten ein und zeigten die positiven Effekte für Menschen und Natur auf. Entscheidend für alle Anwesenden war die Aussage, dass die Erd-



Sigrid Rakow



Renate Geuter

verkabelung auch über weite Strecken technisch möglich sei.

»Wir sehen die Forderungen aus unserem Antrag bestätigt,« so Geuter und Rakow, »Nun ist es an der Landesregierung, die notwendigen Schritte einzuleiten.«

Busemann täuscht die Öffentlichkeit

Die Unterrichtsversorgung wird sich verschlechtern

Im Schulalltag in Niedersachsen gibt es zunehmend Probleme beim Ausgleich von Unterrichtsfehlzeiten. Dieses betrifft sowohl den kurzfristigen Bereich als auch den mittel- und langfristigen Zeitraum.

Nach der Hotline der SPD-Fraktion zur Unterrichtsversorgung erreichen die Fraktion große Mengen an E-Mails, Anrufen und Briefen besorgter Eltern, die dieses bestätigen.

Vor Ort betroffene Elternvertretungen werden immer häufiger von den Schulbehörden oder Schulen mit dem Hinweis auf ausgeschöpfte Budgets für Feuerwehrlehrkräfte oder andere Vertretungen auf fehlende Handlungsmöglichkeiten hingewiesen. Der Kultusminister Bernd Busemann versucht dennoch den Eindruck zu erwecken, dass es keine Probleme bei der Unterrichtsversorgung an den Schulen gäbe. Das Kultusministerium muss nach den Vorgaben der Mehrheit des Landtages aus dem laufenden Etat eine Einsparauflage von 40 Millionen Euro erbringen. Zusätzlich ist eine globale Minderausgabe von 9,2 Millionen Euro zu erwirtschaften. Es ist angesichts der Haushaltstruktur des



Walter Meinhold

Kultusministeriums offensichtlich, dass die Einsparungen von 49,2 Mio. Euro weitestgehend durch Einsparungen bei den Lehrkräften erwirtschaftet werden können. Kultusminister Bernd Busemann kann seine Sparauflage nur mit erheblichen Ein-

schnitten bei den Stellenbesetzungen erbringen, obwohl er dieses vehement bestreitet.

Im Rahmen des Tagesordnungspunktes »Mündliche Abfragen« am 20. Mai wurde klar: Busemann täuscht die Öffentlichkeit.

Denn Fakt ist:

- Bereits seit März dieses Jahr ist den Schulbehörden bekannt, dass etwa 800 Stellen erst zum 1. November besetzt werden können.
- Als Springer eingestellte Lehrkräfte werden vom Angestelltenverhältnis auf Beamtenstellen umgewidmet. Das sind keine neue Einstellungen, sondern nur der Status verändert sich. Zudem fehlen dadurch Springerlehrkräfte.
- Das Budget für Feuerwehrlehrkräfte, die bei akuten Engpässen (lange Krankheit etc.) einspringen, ist offenbar aufgebraucht.

Auch Lehrkräfte, die ihren Dienst erst Monate nach Schuljahresbeginn antreten, werden dem Lehrkörper einer Schule dennoch von Beginn an zurechnet. Auf diese Weise versucht Busemann, die Statistik der Unterrichtsversorgung mit Rechentricks zu schönen. Dadurch ergibt sich ein großer Widerspruch zwischen der formellen Unterrichtsversorgung und dem Alltag an den Schulen

Das Präventionsprogramm Polizei-Sozialarbeit erhalten!

Die Bedeutung der Buchstaben - PPS - ist allen hannoverschen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bekannt. Dahinter verbirgt sich das Präventionsprogramm Polizei-Sozialarbeit, welches mittlerweile seit über 25 Jahren wirksam arbeitet. Zunächst war es als Modellprojekt für drei Jahre angelegt und wurde im Jahr 1982 ein fester Bestandteil der Polizeidirektion Hannover.

Jetzt aber soll es von der CDU/FDP-Landesregierung ohne nachvollziehbaren Grund aufgelöst werden. Der damalige niedersächsische Justizminister und Kriminologe Schwindt (CDU) hatte dieses Modell der Verzahnung von Polizei und Sozialarbeit in Amerika kennen gelernt und eine Übertragung auf die hannoverschen Verhältnisse vorbereitet und umgesetzt. Die derzeitige niedersächsische Landesregierung behauptet bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, ihre Politik sei »bundesweit vorbildlich«, was leider allzu häufig mehr Autosuggestion als Tatsache ist. Mit dem Präventionsprogramm Polizei-Sozialarbeit ist Nieder-



Heiner Bartling

sachsen allerdings tatsächlich bundesweit vorbildlich – und ausgerechnet dieses Prestigeprojekt wollen CDU und FDP in Niedersachsen jetzt beerdigen.

Den Bürgerinnen und Bürgern den unbürokratischen Rechtsschutz zurückgeben – Das Widerspruchsverfahren wieder einführen!

Im Rahmen der Verwaltungsreform ist von CDU und FDP ein politischer Patzer gemacht worden, der schleunigst korrigiert werden muss. Im Zuge der Abschaffung der Bezirksregierungen wurde gegen den Rat aller Sachverständigen das verwaltungsinterne Widerspruchsverfahren in weiten Teilen abgeschafft.

Die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens stellt jedoch eine erhebliche Verkürzung und darüber hinaus eine empfindliche Verteuerung des Rechtsschutzes der Bürgerinnen und Bürger dar. Mit dem Widerspruchsverfahren eröffnete sich ihnen bislang die Möglichkeit, die von ihnen beanstandete Verwaltungsentscheidung noch einmal umfassend überprüfen zu lassen und damit ein verwaltungsgerichtliches Verfahren zu vermeiden, das regelmäßig mit einem erheblichen Aufwand und einem beachtlichen Prozesskostenrisiko verbunden ist.

Bereits innerhalb eines knappen halben Jahres hat sich gezeigt, dass die mit der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens verfolgten Ziele verfehlt wurden: Anstatt der beabsichtigten Kosteneinsparung ist lediglich durch sprunghaft steigende Ein-

gangszahlen bei den Verwaltungsgerichten eine Kostenverlagerung vom Innen- auf das Justizressort erfolgt. Hauptleidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger, denen eine unbürokratische und kostengünstige Möglichkeit genommen worden ist, Verwaltungsentscheidungen auf ihre Recht- und Zweckmäßigkeit überprüfen zu lassen.

Hinzu kommt, dass die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens in krassm Widerspruch zu der in jüngster Zeit verstärkt in die Diskussion gerückten Forderung steht, Gerichtsverfahren durch vor- bzw. außergerichtliche Streitschlichtung und Mediation entbehrlich zu machen. Es ist höchst befremdlich, dass die niedersächsische CDU-Justizministerin bundesweit die Stärkung der Streitschlichtung propagiert und in Niedersachsen die Abschaf-



Heike Bockmann

fung des Streit schlichtenden Widerspruchsverfahren mit zu verantworten hat.

CDU und FDP lehnen mehr Patientenrechte in Niedersachsen ab

Die SPD-Landtagsfraktion hatte in einem Antrag an den Landtag gefordert, die Patientenrechte in Niedersachsen zu verbessern. Dazu sollten z. B. Patientenvertreter Sitz und Stimme in der Schlichtungsstelle der Niedersächsischen Ärztekammer erhalten und eine oder ein Patientenbeauftragte/r für Niedersachsen sollte berufen werden.

CDU und FDP konnten sich nicht dazu durchringen, den Antrag der SPD zu unterstützen. Vielmehr hielten sie es noch nicht einmal für nötig, einen Änderungsantrag ins Parlament einzubringen, der ihre eigenen Vorstellungen darlegt. Daraus ist nur ein Schluss zu ziehen: CDU und FDP wollen keine Stärkung der Patientenrechte.

Allein die Tatsache, dass sich mehr als 30.000 Menschen im letzten Jahr an die Patientenbeauftragte des Bundes wandten, zeigt Niedersachsens Nachholbedarf. Auch aktuelle Ereignisse in unserem Bundesland verdeutlichen, dass der Patient im Gesundheitswesen noch lange nicht das Maß aller Dinge ist. Beispielsweise trugen zuletzt die Kieferorthopäden

ihre Einkommensvorstellungen auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten aus.

Vorliegende wissenschaftliche Untersuchungen untermauern, wie wichtig Information und Interessenvertretung von Patienten im Gesundheitswesen ist. So kommt eine Untersuchung der Universität Bielefeld zu dem eindeutigen Ergebnis, dass Patientenrechte und -beteiligung im modernen Medizinbetrieb heute unverzichtbar sind.

Leider dringen solche Erkenntnisse offensichtlich entweder nicht zu CDU und FDP durch oder sie werden ignoriert. Der FDP z. B. scheint es wichtiger zu sein, sich um »notleidende« Kieferorthopäden zu küm-



Marie-Luise Hemme

mern, die keine Kassenpatienten mehr behandeln aber weiterhin deren Geld kassieren wollen.

SPD zeigt wohnungspolitischen Handlungsbedarf auf

Die Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zur Wohnungsbaupolitik der Landesregierung macht deutlich, dass in Niedersachsen trotz des ausgeglichenen Wohnungsmarktes in den nächsten Jahren Handlungsbedarf besteht.

Die Wohnungsmarktbeobachtung der Landestreuhandstelle zeigt, dass die Wohnungsnot der ersten Hälfte der neunziger Jahre durch eine entschlossene Wohnungspolitik der damaligen SPD-Landesregierungen nachhaltig und erfolgreich bekämpft wurde. In den kommenden Jahren wird es voraussichtlich im Westen Niedersachsens sowie in den an Hamburg grenzenden Landkreisen Neubaubedarf geben, während viele Landkreise in Südniedersachsen Bevölkerung verlieren.

In dieser Situation sind die Landesbauprogramme neu auszurichten. Bedarf besteht vor allem im Bereich altersgerechter Wohnungen sowie im Städtebau allgemein. Beide Aufgaben werden derzeit von der Landesregierung sträflich vernachlässigt.

Durch die Streichung des Städtebauförderungsprogrammes in Niedersachsen sowie durch die Aufweichung der Vorschriften in der Niedersächsischen Bauordnung zum barrierefreien Bauen hat die Landesregierung die eindeutig falschen Zeichen gesetzt.

Die Städtebauförderung wird wichtiger. Hier bestehen Instrumente, um der Ausgrenzung von sozial problematischen Wohngebieten entgegen zu wirken und Leerstände und Verfall zu verhindern. In fast jeder Gemeinde Niedersachsens findet sich mindestens ein Gebiet, das mit Hilfe der Städtebauförderung in den letzten 30 Jahren saniert wurde. Es gibt kaum ein Förderprogramm, dass vergleichbare Erfolge aufweisen kann. Warum die Lan-



Uwe Harden

desregierung dieses Programm aufgab, ist rational nicht erklärbar.

Folter national und international eindämmen

In über 130 Ländern auf der Erde wurde nach Angaben von Amnesty International in den vergangenen Monaten gefoltert und misshandelt.

Dies macht deutlich, dass die Ratifizierung des Zusatzprotokolls der UN-Anti-Folter-Konvention notwendiger ist denn je. Mit der fraktionsübergreifenden Zustimmung zum Zusatzprotokoll zur UN-Anti-Folter-Konvention hat der Niedersächsische Landtag ein wichtiges Signal zur internationalen Eindämmung der Folter gesetzt.

Allerdings war die Ablehnung der Folter nicht immer eindeutig – in Niedersachsen zuletzt nicht aufgrund der Tatsache, dass der damalige CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht vor rund einem Vierteljahrhundert mit seinem Buch »Der Staat – Idee und Wirklichkeit« eine heftige Debatte über die Einführung der Folter provoziert hatte. Er hatte ausgeführt, dass die

Grundrechte auf Leben und Freiheit von grausamer, unmenschlicher Behandlung sowie insbesondere von Folter keine absoluten Rechte seien und daher für den Staat keine unüberschreitbare Grenze darstellen und konstruierte in seinem Buch Situationen, in denen er es sogar für sittlich geboten hielt, Informationen durch Folter zu erzwingen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es ausgesprochen erfreulich, dass sich auch in Niedersachsen fraktionsübergreifend die Einsicht durchgesetzt hat, dass es keinen gerecht denkenden Menschen geben kann, der das Ziel der UN-Anti-Folter-Konvention nicht für unterstützenswert hält.



Susanne Grote

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley
Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünow
(E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)
Thilo Scholz
(E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider
(E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

Sozialdemokratische Eckpunkte prägen den Härtefall-Kompromiss

Auf Druck der SPD wird der Petitionsausschuss des Niedersächsischen Landtags zum Härtefall-Prüfgremium. Es besteht Hoffnung, dass das unwürdige Gezerre um die Iranerin Zarah Kameli, die der niedersächsische CDU-Innenminister abschieben wollte, ein Einzelfall bleiben wird.

In interfraktionellen Gesprächen ist es den SPD-Abgeordneten Heidi Merk und Klaus-Peter Bachmann gelungen, die Positionen der SPD-Landtagsfraktion zur Behandlung ausländerrechtlicher Härtefälle im Kompromiss zu verankern: Im Petitionsausschuss sind künftig bei der Prüfung, ob ein Härtefall vorliegt, Berater des zivilgesellschaftlichen Bereichs zu hören: Das werden die Vertreter der Konföderation Evangelischer Kirchen, des Katholischen Büros Niedersachsen, der LAG Freie Wohlfahrtspflege, der Kommunalen Spitzenverbände und der Migrantenselbstorganisationen, die Mitglieder der Ausländerkommission sind, sein. Die Härtefallprüfung erfolgt bereits auf Antrag eines Mitglieds des Petitionsausschusses. Härtefallentscheidungen sind künftig im Einzelfall auch dann möglich, wenn Sozialhilfe bezogen wurde.



Heidrun Merk

Blanker Populismus soll Konzeptlosigkeit verschleiern

Die CDU hat keine Antworten zur Bekämpfung der Jugendkriminalität

Die Antwort der CDU-Justizministerin auf die Große Anfrage zum Stand der Jugendkriminalität und der Sanktionspraxis zeigt, wie konzeptlos und planlos die CDU/FDP-Regierung an das Thema Bekämpfung der Jugendkriminalität herangeht.

In der Antwort schreibt die Landesregierung mehrmals »Niedersachsen fordert keine Verschärfung des Jugendstrafrechts.« Tatsache ist jedoch, dass die Landesregierung mit Bundesratsinitiativen eine Erhöhung der Höchststrafe von zehn auf 15 Jahre oder auch die Einführung des so genannten Warnschussarrestes im Jugendstrafrecht betreibt.

Das Unglaubliche an diesen Forderungen ist, dass es hierfür weder eine belastbare Anforderung aus der Praxis noch einen wissenschaftlichen Hintergrund gibt, die die Erforderlichkeit einer solchen Verschärfung belegen könnten. Die Praktiker, sprich Jugendrichterinnen und Jugendrichter sowie Jugendstaatsanwältinnen und Jugendstaatsanwälte halten das geltende Jugendstrafrecht für völlig ausreichend und erheblich besser als die Forderungen von CDU und FDP in Niedersachsen, die beispielsweise vom Deutschen Jugendgerichtstag 2004 als absolut unbrauchbar abgelehnt worden sind. Aber

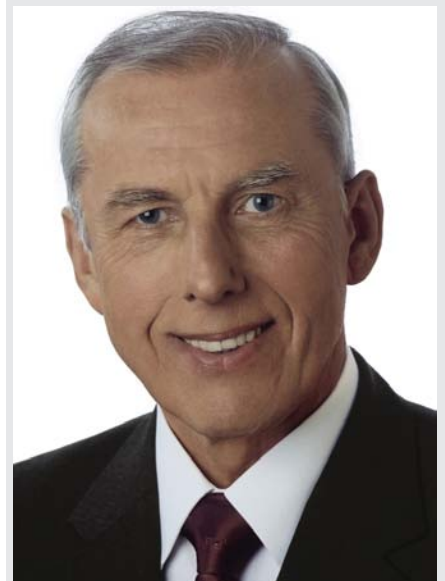


Michael Albers

für die neue Landesregierung zählt anscheinend nur der blanke Populismus nach dem Motto: Nur härter Dreinschlagen bringt es.

Richteraufgaben in Betreuungsangelegenheiten auf Rechtspfleger verlagern!

Der Bundestag hat am 18. Februar 2005 nach intensiver Beratung das Zweite Betreuungsrechtsänderungsgesetz beschlossen. Das Gesetz tritt mit allen Regelungen zum 1. Juli 2005 in Kraft. Ein wesentlicher Bestandteil des Gesetzes ist die Stärkung der Vorsorgevollmachten und deren Verbreitung zur Vermeidung von Betreuung.



Friedhelm Helberg

Die Landesregierung ist aufgefordert, auf die Nutzung der Vorsorgevollmacht zukünftig noch stärker hinzuweisen. Über die Öffnungsklausel des § 19 des Rechtspflegergesetzes werden die Landesjustizverwaltungen ermächtigt, die bisher dem Richter zugewiesene Auswahl, Bestellung und gegebenenfalls Entlassung des Betreuers auf den Rechtspfleger zu übertragen.

Einer der Gründe dafür ist, dass die Rechtspfleger durch ihre die Betreuung begleitende Tätigkeit die Eignung der Betreuer am besten beurteilen und kontrollieren können, denn ihnen obliegt bereits jetzt die Beratung und Kontrolle der Betreuer. Sie haben deshalb den besten Überblick über die Qualität der Betreuerarbeit, über die Belastungsprofile und die besondere Eignung im Einzelfall.

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

Fraktionsvorstand

Dienstag, 31. Mai 2005 von 12:00 – 14:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

Zukunft der Museen in Niedersachsen

Diskussionsveranstaltung der Landtagsfraktion
Dienstag, 31. Mai 2005 von 16:00 bis 18:30 Uhr
Historisches Museum am Hohen Ufer; Pferdestr. 6; 30159 Hannover
Weitere Informationen und Anmeldungen bei Anne Drucks
(Anne.Drucks@LT.Niedersachsen.de), Tel. 0511/3030-4022

Projektgruppe Regionalentwicklung der SPD-Fraktion

Besichtigung des NIW
Mittwoch, 1. Juni 2005 von 14:00 – 16:00 Uhr
Ort: Auf Anfrage
Informationen und Anmeldungen bei Sonja Papenfuss
(Sonja.Papenfuss@LT.Niedersachsen.de), Tel. 0511/3030-4020.

Abschlusstreffen der ersten Staffel des niedersächsischen Mentoringprojektes des SPD-Landesverbandes

Mittwoch, 1. Juni 2005 von 16:15 Uhr
Maritim Stadthotel Hannover; Foyer; Hildesheimer Str. 34–40; 30169 Hannover
Informationen und Anmeldungen bitte richten an Margrit Gärtner
(Margrit.Gaertner@SPD.de), Tel. 0511/1674-212.

Investitionen statt Subventionen – Neue Spielräume für den Landeshaushalt

Diskussionsveranstaltung mit Bundesfinanzminister Hans Eichel
Mittwoch, 1. Juni 2005 von 18:00 – 19:30 Uhr
Maritim Stadthotel Hannover; Hildesheimer Str. 34–40; 30169 Hannover
Anmeldungen bitte an: Thilo Scholz
(Thilo.Scholz@LT.Niedersachsen.de), Tel. 0511/3030-4038.

Fraktionsvorstand

Dienstag, 7. Juni 2005 von 12:00 – 14:00 Uhr
Ort: Auf Anfrage

Niedersächsischer Behördenmarathon

Mittwoch, 8. Juni 2005 ab 16:00 Uhr
Maschsee Hannover
Weitere Infos bei Ingo Delzer
(Ingo.Delzer@LT.Niedersachsen.de), Tel. 0511/3030-4015)

Klausurtagung der Projektgruppe »Zukunft der Bildung« des SPD-Landesverbandes

Freitag, 10. Juni ab 17:00 bis Samstag, 11. Juni um 16:00 Uhr
Ort: Hotel Jeddinger Hof; Heidmarkt 1; 27374 Visselhövede
Informationen und Anmeldungen bitte richten an Margrit Gärtner
(Margrit.Gaertner@SPD.de), Tel. 0511/1674-212.

Fraktionsvorstand

Dienstag, 14. Juni 2005 von 12:00 – 14:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

Fraktionssitzung

Dienstag, 14. Juni 2005 von 14:00 – 16:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

FES im Landtag

Frühkindliche Bildung – der Schlüssel für bessere Lebenschancen?

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit:

- Ulrike Bittner-Wolff (Referentin für Kindertagesstätten im nds. Kultusministerium)
- Prof. Dr. Terbuyken (Präsident der Evangelischen Fachhochschule Hannover)

Dienstag, 14. Juni 2005 von 17:00 – 20:00 Uhr
Restaurant Leineschloss im Niedersächsischen Landtag; Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; 30159 Hannover
Anmeldungen bitte richten an die Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Niedersachsen, E-Mail: hannover@fes.de oder Fax: 0511/3061 33

Kommunalpolitische Fachtagung mit Sigmar Gabriel

Dienstag, 14. Juni 2005 von 17:00 bis 19:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag, Raum 122
Anmeldungen sind unbedingt erforderlich, bitte richten an Thilo Scholz
(Thilo.Scholz@lt.niedersachsen.de), Tel. 0511/3030-4038.

Fraktionsvorstand

Dienstag, 21. Juni 2005 von 12:00 – 14:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

Fraktionssitzung

Dienstag, 21. Juni 2005 von 15:00 Uhr – 17:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

Landtagsplenum

Mittwoch, 22. Juni bis Freitag, 24. Juni
Niedersächsischer Landtag

Projektgruppe »Zukunft der Bildung« des SPD-Landesverbandes

Mittwoch, 22. Juni von 17:00 – 19:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag, Neubau/Raum 1305

Fraktionsvorstand

Dienstag, 28. Juni 2005 von 12:00 – 14:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

Sommerreise des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Sigmar Gabriel

4. – 9. Juli 2005

Nähere Informationen folgen im Internet unter <http://www.spd-landtag-nds.de>.

Sommerreise des Vorsitzenden des SPD-Landesverbandes Wolfgang Jüttner

15. – 28. August

Nähere Informationen folgen im Internet unter <http://www.spd-niedersachsen.de>.